

Antrag 40/I/2022**FA X - Natur, Energie, Umweltschutz****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Umstellung der Förderstruktur für energieeffiziente Gebäude**

- 1 An die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses,
 2 An den Landesvorstand der Berliner SPD;
 3 An die SPD-Fraktion des Bundestags,
 4 An die SPD-Mitglieder des Berliner Senats und der Bundes-
 5 regierung,
 6
 7 Nicht nur der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt
 8 unser Energiesystem vor neue Herausforderungen. Stei-
 9 gende Preise und unklare Versorgungssicherheit können
 10 insbesondere durch weniger Verbrauch aufgefangen wer-
 11 den. Ein schneller und deutlicher Anstieg der Sanierungs-
 12 rate in Gebäuden ist daher nicht mehr nur aus Klima-
 13 schutzgründen wichtig, sondern auch eine sozialpoliti-
 14 sche Notwendigkeit. Vor dem Hintergrund der ohnehin
 15 nötigen Anpassungen ist dies eine Chance für einen gut
 16 überlegten Umbau der energetischen Gebäudeförderung.
 17
 18 Unsere Forderungen sind klar auf das Ziel einer möglichst
 19 sozialverträglichen Gebäudesanierung fokussiert:
 20
 21 **1. Erhöhung des Fördervolumens** Die aktuelle Einstellung
 22 der Förderprogramme erfolgte, weil das Budget ausge-
 23 schöpft war. Dieses Budget war nicht am Ziel der Klima-
 24 neutralität ausgerichtet.
 25 **Wir fordern**, jährlich so viele Fördermittel im Bundeshaus-
 26 halt gesichert vorzusehen, wie für die Erreichung der Kli-
 27 maziele im Gebäudesektor nötig sind: statt wie bisher 10
 28 - 11 Mrd. € mindestens 15 Mrd. € jährlich bis 2045 - ba-
 29 sierend auf geschätzten 1,7 Billionen Euro zur Sanierung
 30 aller Gebäude in Deutschland lt. IWO/Fraunhofer IBP bei
 31 derzeitiger Förderquote von 40 % und gestiegener Inan-
 32 spruchnahme der Förderung von 50 %.
 33
 34 **2. Fördern trotz Fordern** Auch für Bestandsgebäude müs-
 35 sen Mindesteffizienzklassen eingeführt werden, die stu-
 36 fenweise verschärft werden und fristgerecht zu erfüllen
 37 sind. Die EU-Kommission plant bereits eine entsprechen-
 38 de Verschärfung der EU-Gebäuderichtlinie.
 39 **Wir fordern**, die haushaltrechtlichen Voraussetzungen zu
 40 schaffen, energetische Modernisierungen trotz ordnungs-
 41 rechtlicher Verpflichtungen fördern zu können, um auch
 42 bei Sanierungspflichten eine sozialverträgliche Kosten-
 43 verteilung zu ermöglichen.
 44
 45 **3. Fokus der Förderung auf soziale Abfederung** In den ver-
 46 gangenen Jahren ging der weitaus größte Teil der Förder-
 47 gelder in den Neubau selbstgenutzten Eigentums.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

- An die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, an die SPD-
 Mitglieder des Berliner Senats:
 An die SPD-Fraktion des Bundestags, an die SPD-
 Mitglieder der Bundesregierung:
- Nicht nur der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt
 unser Energiesystem vor neue Herausforderungen. Stei-
 gende Preise und unklare Versorgungssicherheit können
 insbesondere durch weniger Verbrauch aufgefangen wer-
 den. Ein schneller und deutlicher Anstieg der Sanierungs-
 rate in Gebäuden ist daher nicht mehr nur aus Klima-
 schutzgründen wichtig, sondern auch eine sozialpoliti-
 sche Notwendigkeit. Vor dem Hintergrund der ohnehin
 nötigen Anpassungen ist dies eine Chance für einen gut
 überlegten Umbau der energetischen Gebäudeförderung.
- Unsere Forderungen sind klar auf das Ziel einer möglichst
 sozialverträglichen Gebäudesanierung fokussiert:
- 1. Erhöhung des Fördervolumens** Die aktuelle Einstellung
 der Förderprogramme erfolgte, weil das Budget ausge-
 schöpft war. Dieses Budget war nicht am Ziel der Klima-
 neutralität ausgerichtet.
 Wir fordern, jährlich so viele Fördermittel im Bundeshaus-
 halt gesichert vorzusehen, wie für die Erreichung der Kli-
 maziele im Gebäudesektor nötig sind: statt wie bisher 10
 - 11 Mrd. € mindestens 15 Mrd. € jährlich bis 2045 - ba-
 sierend auf geschätzten 1,7 Billionen Euro zur Sanierung
 aller Gebäude in Deutschland lt. IWO/Fraunhofer IBP bei
 derzeitiger Förderquote von 40 % und gestiegener Inan-
 spruchnahme der Förderung von 50 %.
- 2. Fördern trotz Fordern** Auch für Bestandsgebäude müs-
 sen Mindesteffizienzklassen eingeführt werden, die stu-
 fenweise verschärft werden und fristgerecht zu erfüllen
 sind. Die EU-Kommission plant bereits eine entsprechen-
 de Verschärfung der EU-Gebäuderichtlinie.
 Wir fordern, die haushaltrechtlichen Voraussetzungen zu
 schaffen, energetische Modernisierungen trotz ordnungs-
 rechtlicher Verpflichtungen fördern zu können, um auch
 bei Sanierungspflichten eine sozialverträgliche Kosten-
 verteilung zu ermöglichen.
- 3. Fokus der Förderung auf soziale Abfederung** In den ver-
 gangenen Jahren ging der weitaus größte Teil der Förder-
 gelder in den Neubau selbstgenutzten Eigentums.

48 Wir fordern, zukünftig gezielt Fördermittel in angespannten
49 Wohnungsmärkten für vermietete Gebäude zur Ver-
50 fügung zu stellen, um Mietsteigerungen im Bedarfsfall so-
51 zial abzufedern.

52

53 **4. Absenkung der Modernisierungumlage auf 4 %. Ein-**
54 **führung von Kappungsgrenzen.** Die aktuellen Baukosten
55 machen eine warmmietenneutrale Sanierung unmög-
56 lich. Eine geringere Modernisierungumlage führt zu län-
57 geren Amortisationszeiten bei Vermietenden. Dies kann
58 durch intensivere Inanspruchnahme von vorhandenen
59 und neu geforderten Fördermitteln kompensiert werden.
60 Eine Kaltmieten-Erhöhung nach Sanierung ist unvermeid-
61 bar, ist aber zu begrenzen. Die wirtschaftliche Lücke kann
62 durch die Inanspruchnahme von staatlichen Fördermit-
63 teln wieder geschlossen werden.

64 Wir fordern daher die entsprechende Änderung von § 559
65 (1) BGB: Senkung der Modernisierungumlage auf 4 %.

66

67 Wir fordern: Bei einer Vollsanierung aller Bauteile (Fens-
68 ter, Dach, etc.) darf die Kaltmiete um maximal 1,50 €/m
69 angehoben werden. Werden nur einzelne Bauteile saniert
70 (z.B. nur Fenster), ist die Kappung entsprechend niedriger
71 anzusetzen, um durch mehrere Teilsanierungen nicht die
72 Kappungsgrenzen zu umgehen.

73

74 **5. Bonus-Förderung bei intensiver Nutzung nachwach-**
75 **sender Rohstoffe** Die Herstellung von Zement und klas-
76 sischen Dämmstoffen verursacht erhebliche Emissionen.
77 Um die sogenannte graue Energie zu senken, müssen
78 deutlich mehr regionale Baustoffe aus nachwachsenden
79 Rohstoffen verwendet werden.

80 Wir fordern eine zusätzliche Förderung für Neubauten
81 mit wesentlichem Volumen-Anteil an Holz und Recycling-
82 Baustoffen im Gebäudekern und der Fassade.

83 Wir fordern zudem einen Förderbonus über die normalen
84 Fördersätze hinaus, wenn Dämmstoffe aus wiederverwer-
85 teten sowie nachwachsenden und regionalen Rohstoffen
86 genutzt werden.

Wir fordern, zukünftig gezielt Fördermittel in angespannten
Wohnungsmärkten für vermietete Gebäude zur Ver-
fügung zu stellen, um Mietsteigerungen im Bedarfsfall so-
zial abzufedern.

4. Absenkung der Modernisierungumlage. Einführung
von Kappungsgrenzen. Die aktuellen Baukosten ma-
chen eine warmmietenneutrale Sanierung unmöglich.
Eine geringere Modernisierungumlage führt zu länge-
ren Amortisationszeiten bei Vermietenden. Dies kann
durch intensivere Inanspruchnahme von vorhandenen
und neu geforderten Fördermitteln kompensiert werden.
Eine Kaltmieten-Erhöhung nach Sanierung ist unvermeid-
bar, ist aber zu begrenzen. Die wirtschaftliche Lücke kann
durch die Inanspruchnahme von staatlichen Fördermit-
teln wieder geschlossen werden.

Wir fordern daher die entsprechende Änderung von § 559
(1) BGB: Senkung der Modernisierungumlage.

Wir fordern: Bei einer Vollsanierung aller Bauteile (Fens-
ter, Dach, etc.) darf die Kaltmiete um maximal 1,50 €/m
angehoben werden. Werden nur einzelne Bauteile saniert
(z.B. nur Fenster), ist die Kappung entsprechend niedriger
anzusetzen, um durch mehrere Teilsanierungen nicht die
Kappungsgrenzen zu umgehen.

5. Bonus-Förderung bei intensiver Nutzung nachwach-
sender Rohstoffe Die Herstellung von Zement und klas-
sischen Dämmstoffen verursacht erhebliche Emissionen.
Um die sogenannte graue Energie zu senken, müssen
deutlich mehr regionale Baustoffe aus nachwachsenden
Rohstoffen verwendet werden.

Wir fordern eine zusätzliche Förderung für Neubauten
mit wesentlichem Volumen-Anteil an Holz und Recycling-
Baustoffen im Gebäudekern und der Fassade.

Wir fordern zudem einen Förderbonus über die normalen
Fördersätze hinaus, wenn Dämmstoffe aus wiederverwer-
teten sowie nachwachsenden und regionalen Rohstoffen
genutzt werden.